

1 **Nr. 5**  
2 **Beschluss auf der MIT-Bundesvorstandssitzung am 5.8.2013**

3  
4  
5  
6  
7  
8  
9

10 **Aktualisierung des Positionspapiers von der 10. MIT-**  
11 **Bundesdelegiertenversammlung (*Änderungen fett und kursiv*)**

12  
13  
14  
15  
16  
17  
18

**Ausgezeichnete Bildungspolitik -  
Voraussetzung für beste Zukunftschancen**

19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

**Bildungspolitisches Konzept  
der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU**

28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

# 36 Inhaltsverzeichnis

37

38

39

## 1. Bildung: Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft

40

41

42

## 2. Ordnungspolitisches Fundament der Bildungspolitik

43

44

45

## 3. Frühkindliche Bildung

46

47

### 3.1. Herausforderungen und Problemlagen in der frühkindlichen Bildung

48

### 3.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der frühkindlichen Bildung

49

50

51

## 4. Grundschule

52

53

### 4.1. Herausforderungen und Problemlagen im Grundschulbereich

54

### 4.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Grundschule

55

56

57

## 5. Weiterführende Schule

58

59

### 5.1. Herausforderungen und Problemlagen im Bereich der weiterführenden Schulen

60

### 5.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der weiterführenden Schulen

61

62

63

64

## 6. Duales System, Lehre und Ausbildung

65

66

### 6.1. Herausforderungen und Problemlagen in der Ausbildung

67

### 6.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Ausbildung

68

69

70

## 7. Hochschule

71

72

### 7.1. Herausforderungen und Problemlagen an den Hochschulen

73

### 7.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Hochschulen

74

75

76

## 8. Lehrerbildung

77

78

### 8.1. Herausforderungen und Problemlagen bei der Lehrerbildung

79

### 8.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Lehrerbildung

80

81

## 9. Lebenslanges Lernen

82

83

### 9.1. Herausforderungen und Problemlagen beim lebenslangen Lernen

84

### 9.2. Forderungen der MIT zur Stärkung des lebenslangen Lernens

85

86

87

## 1. Bildung: Bedeutung für Gesellschaft und Wirtschaft

88

89 Bildung ist der Schlüssel zu Freiheit, Wohlstand und Gerechtigkeit in einem  
90 selbstbestimmten Leben. Nur wer eine ganzheitliche Bildung und Erziehung erfahren  
91 hat, kann an den wirtschaftlichen Wachstumsprozessen und am gesellschaftlichen,  
92 kulturellen und politischen Leben umfassend teilnehmen und teilhaben. In der heutigen  
93 Wissens- und Informationsgesellschaft wird jedem Einzelnen ein zunehmend höheres  
94 Maß an Kenntnissen und Fähigkeiten abverlangt. Bildung gibt dabei  
95 Orientierungsmöglichkeiten und ist die Grundlage zur Entwicklung **sowohl Fach-,**  
96 **Methoden-, Sozial- und Selbst-Kompetenz (z.Bsp. musische, emotionale und praktische**  
97 **Kompetenzen).** Sie ist damit das Fundament für den wirtschaftlichen und  
98 gesellschaftlichen Aufschwung unseres Landes.

99

100 Die Wirtschaft – vom kleinen mittelständischen Betrieb bis hin zum Großunternehmen –  
101 ist auf qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder freiberuflich selbständig  
102 Tätige angewiesen. Sie zusammen sind die wichtigste Ressource der deutschen  
103 Wirtschaft. Ohne deren Leistung wird unsere Wirtschaft nicht im globalen Wettbewerb  
104 bestehen können. Vor diesem Hintergrund hat die Mittelstands- und  
105 Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU ein großes Interesse daran, dass jeder Mensch in  
106 Deutschland – ob jung oder alt - die bestmögliche Bildung erhält. Denn dies ist das  
107 entscheidende Fundament der Sozialen Marktwirtschaft. Die MIT sieht sich in der  
108 Tradition von Ludwig Erhard, der formulierte:

109

110

111

112

113

114

115

116

117

*„Namentlich die „Soziale Marktwirtschaft“, deren tiefer Sinn darin liegt, das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden, ist, wenn sie zum Segen aller erfolgreich sein soll, auf die umfassende Ausbildung, Bildung und Erziehung der Fachkräfte und Unternehmer, die in ihrer täglichen Arbeit und in ihrem beruflichen Schaffen im Raum der Wirtschaft einen entscheidenden Teil ihrer Aufgaben und ihrer Daseinserfüllung sehen, angewiesen.“<sup>1</sup>*

118

## 2. Ordnungspolitisches Fundament der Bildungspolitik

119

120 Die Soziale Marktwirtschaft entspricht unserem Bild vom Menschen und der  
121 Gesellschaft, weil sie auf freiheitlichen Grundsätzen beruht, das Subsidiaritätsprinzip  
122 voraussetzt, sozialer Gerechtigkeit und Solidarität Raum gibt und Eigenverantwortung  
123 stärkt. Sie weist dem Staat eindeutige Aufgaben zu und setzt seinem Wirken klare  
124 Grenzen. Sie sichert dem Individuum und Unternehmen freiheitliche Betätigung und  
125 garantiert den freien Leistungswettbewerb. Sie ist das ordnungspolitische Leitbild, nach  
126 dem auch das Bildungswesen gestaltet werden sollte. Nachstehend definiert die MIT  
127 ihre ordnungspolitischen Grundpositionen als Basis ihrer bildungspolitischen  
128 Gesamtkonzeption.

129

130

- **Verantwortung des Individuums**

131

132

Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist der mündige, eigenverantwortliche Bürger. Er ist zunächst für sich selbst, seinen Lebensweg, die Wahrnehmung

---

<sup>1</sup> (Karl Hohmann (Hrsg.): Ludwig Erhard. Gedanken aus fünf Jahrzehnten. Reden und Schriften, Econ-Verlag, 1988. S. 515)

133 von Chancen, die Berufswahl und sonstige Belange seines Privatlebens  
134 eigen- und erstverantwortlich. Jeder Mensch hat ein Recht auf Bildung, um  
135 die Fähigkeit zur eigenständigen Erwirtschaftung des zum Leben  
136 notwendigen Existenzminimums von anderen vermittelt zu bekommen.  
137 Dem Solidaritätsprinzip folgend liegt die Sicherstellung dieses Rechts auf  
138 Bildung in der Letzt-Verantwortung der Gesamtgemeinschaft. Dem  
139 Subsidiaritätsprinzip entsprechend liegt die Erst-Verantwortung für  
140 Bildung und Erziehung bei jedem Individuum selbst bzw. bei den  
141 Erziehungsberechtigten der Kinder. So ist im Grundgesetz festgeschrieben,  
142 dass Pflege und Erziehung „das natürliche Recht der Eltern und die  
143 zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ (GG Art. 6 Abs. 2) ist. Ziel der  
144 staatlichen Ordnung muss es daher sein, die Eltern zu stärken und  
145 Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sie ihrem Recht und ihrer Pflicht  
146 zur Erziehung auch entsprechend eigenverantwortlich nachkommen  
147 können.  
148

- **Wahlfreiheit sicherstellen**

149 Für Kinder liegt die Erst-Verantwortung für die Vermittlung von Erziehung  
150 und Bildung gemäß dem Subsidiaritätsprinzip bei den Eltern. Sie haben das  
151 Recht, in Eigeninitiative und Eigenverantwortung über den Bildungsweg  
152 und die Erziehung ihrer Kinder zu entscheiden. Dies schließt die freie Wahl  
153 darüber ein, welche Bildungseinrichtung ihre Kinder besuchen oder welche  
154 Form der vorschulischen Erziehung und Bildung ihre Kinder erhalten sollen.  
155 So muss es die freie Wahl der Eltern bleiben, ob sie die vorschulische  
156 Erziehung selbst übernehmen, sie in Eigeninitiative in der Großfamilie oder  
157 der Nachbarschaft organisieren, Tagesmütter verpflichten, Angebote von  
158 Kindertagesstätten nutzen oder Elterninitiativen gründen.  
159  
160

- **Beschränkung des Staates auf seine Kernaufgaben**

161 Der Staat hat sich auch mit Blick auf das Erziehungs- und Bildungssystem  
162 auf seine Kernaufgaben zu beschränken. Dazu gehört es, die  
163 Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Erziehungs- und Bildungswesen  
164 zu schaffen, Qualitätsstandards zu definieren und diese zu kontrollieren  
165 sowie seine Schutzfunktion zu erfüllen. Wo Missbrauch und  
166 Vernachlässigung drohen, darf und muss der Staat in das elterliche  
167 Grundrecht der Kindererziehung eingreifen. Allerdings ist es dabei oberstes  
168 Gebot, den sanftestmöglichen Eingriff zu wählen, ***dass die elterlichen  
169 Grundrechte und Pflichten am wenigsten beschnitten werden. Eine  
170 allgemeine staatliche Vorschul- oder Kindergartenpflicht mit dem Ziel, die  
171 Schulfähigkeit aller Kinder sicher zu stellen, würde dem Gebot eines  
172 geringstmöglichen staatlichen Eingriffes widersprechen. Abweichend von  
173 diesem Prinzip*** ist hier eine allgemeine staatliche Pflicht, alle Kinder  
174 hinsichtlich ihrer gesundheitlichen, sprachlichen und sozialen Entwicklung  
175 frühzeitig und regelmäßig zu untersuchen und bei Gefährdung der  
176 Schulfähigkeit eines Kindes im Einzelfall den Besuch einer  
177 Kindertagesstätte oder eines vergleichbaren Angebotes staatlich  
178 anzuordnen. Es kann hingegen nicht Kernaufgabe des Staates sein, die  
179 Politik und hier insbesondere die Steuerpolitik so auszugestalten, dass  
180 sie mit der Schaffung von Anreizstrukturen lenkend in das elterliche  
181 Grundrecht der Kindererziehung eingreift.  
182

183  
184  
185  
186  
187  
188  
189  
190  
191  
192  
193  
194  
195  
196  
197  
198  
199  
200  
201  
202  
203  
204  
205  
206  
207  
208  
209  
210  
211  
212  
213  
214  
215  
216  
217  
218  
219  
220  
221  
222  
223  
224  
225  
226  
227  
228  
229  
230  
231

- **Solidarpflicht der Gemeinschaft**  
*Die Solidargemeinschaft sollte nur dann in Anspruch genommen werden, wenn sich der Einzelne nicht selbst helfen kann und er* zur eigenverantwortlichen Gestaltung seines Lebens sowie zur Erwirtschaftung seines Lebensunterhaltes nicht in der Lage ist. Dies sind gemäß des Subsidiaritätsprinzips zunächst die Familien oder kirchliche und karitative Organisationen und hiernach kommunale und andere übergeordnete Einrichtungen. Sofern Eltern nicht in der Lage sind, die zur Verwirklichung der Rechte ihrer Kinder notwendigen Mittel selbst zu erwirtschaften, so ist die Gesamtgesellschaft - dem Solidaritätsprinzip folgend - hierzu verpflichtet. Dies darf keine Frage der politischen Abwägung oder Prioritätensetzung sein, sondern ist eine zwingende Konsequenz aus der unantastbaren Würde des Menschen. Familien- und Bildungspolitik sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und dürfen sich nicht an der Kassenlage orientieren. Eine besondere Finanzierungsverantwortung für bestimmte Gruppen von Steuerzahlern wie Arbeitnehmer oder Arbeitgeber gibt es nicht. Es ist die gesamte Solidargemeinschaft gefordert, was auch Selbständige, Beamte, Rentner und Bezieher von Kapitaleinkünften gleichermaßen erfasst.
- **Chancengerechtigkeit**  
Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, dass die Schulfähigkeit eines jeden Kindes sichergestellt wird. Kinder, die bei der Einschulung nicht richtig Deutsch sprechen bzw. verstehen können sowie Schwierigkeiten mit der sozialen Kompetenz oder mit ihrer Konzentrationsfähigkeit haben, können diese Defizite in der Regel im Schulalltag nicht mehr aufholen. Insbesondere in der vorschulischen Erziehung bedarf es daher einer stärkeren Akzentverschiebung weg vom Betreuen hin zu Bildungs- und Erziehungstätigkeit. Die Schulfähigkeit der Kinder muss stärker in den Fokus der vorschulischen Erziehung und Bildung rücken. Die Erstverantwortung liegt hier bei den Eltern. **Den Eltern kommt die primäre Verantwortung und Aufgabe zu, zum Wohle des Kindes zu handeln.** Dem Staat kommt **nachrangig** die Aufgabe zu, über die Wahrnehmung dieser elterlichen Verantwortung zu wachen, diese zu unterstützen und nur als ultima ratio korrigierend einzugreifen.
- **Vielfalt, Wettbewerb und Leistung fördern**  
Bildung ist die Schlüsselressource des Standorts Deutschland: Ein vielfältiges, flächendeckendes und ausreichend finanziertes Schulangebot mit einem ausgewogenen Schüler-Lehrer-Verhältnis und hoch qualifizierten Lehrern sichert die pädagogische Qualität und sorgt so für das Heranwachsen unserer Kinder zu leistungsfähigen, leistungsbereiten, sozialkompetenten und mündigen Bürgern. Dabei besteht in der heutigen Wissens- und Informationsgesellschaft ein zunehmender globaler Wettbewerb um das beste Bildungssystem. Diesem Wettbewerb muss sich Deutschland stellen, denn er wird über die Zukunftschancen junger Menschen in unserem Land entscheiden. Hierzu gehört es, den Wettbewerb unter den freien, konfessionellen sowie staatlichen Bildungs-

232 und Erziehungseinrichtungen zu fördern, von der Kindertagesstätte bis hin  
233 zur Universität.

234 Entscheidend für Qualität und Leistungsfähigkeit eines Bildungssystems  
235 sind Vielfalt und differenzierte Lehr- und Lernprozesse. Die Entscheidungen  
236 über die Methodik sowie die Budget- und Personalplanung müssen den  
237 Schulen selbst überlassen werden. Es sind Voraussetzungen zu schaffen, die  
238 Schulen in die Lage versetzen, mit ihren Bildungsangeboten individuelle  
239 Anlagen und Begabungen zu fördern. Dafür müssen motivierende  
240 Lernbedingungen und eine Kultur der Anstrengungs- und  
241 Leistungsbereitschaft geschaffen werden. Mehr Vielfalt im Erziehungs- und  
242 Bildungswesen kann nur entstehen und sich erfolgreich weiterentwickeln,  
243 wenn alle Einrichtungen größtmögliche Freiheit haben, ihre Organisation  
244 und Pädagogik selbst zu gestalten und auch umfeldspezifische  
245 Besonderheiten in den Schulablauf zu integrieren. Erst dadurch stehen sie  
246 in einem fruchtbaren Wettbewerb, der Anreize schafft und Innovationen  
247 fördert. Die Qualitätssicherung muss dadurch sichergestellt werden, dass  
248 sich alle Schulen den gleichen bundesweiten Bildungsstandards  
249 verpflichten. Diese müssen als Abschlusstandards verlässliche Aussagen  
250 über die Kompetenzen der Absolventen liefern.  
251

252 • **Verantwortung der Wirtschaft**

253 Die Finanzierung einer zur eigenständigen Erwerbsfähigkeit führenden  
254 Bildung ist die Verantwortung der gesamten Solidargemeinschaft. Die  
255 Finanzierung des Lebensunterhaltes junger Menschen, die noch nicht selbst  
256 erwerbsfähig sind, liegt in der Verantwortung der Eltern bzw. ebenfalls der  
257 gesamten Solidargemeinschaft. Eine besondere  
258 Finanzierungsverantwortung für bestimmte Gruppen von Steuerzahlern  
259 gibt es nicht, weder für Arbeitnehmer noch für Arbeitgeber. Allerdings liegt  
260 das Engagement der Unternehmer für das Bildungswesen, wie etwa bei der  
261 dualen beruflichen Ausbildung, in ihrem ureigensten Interesse. Für die  
262 auszubildenden jungen Menschen wie für die ausbildenden Unternehmen  
263 ergibt sich eine „win-win“-Situation. Unternehmer sind nicht nur  
264 Arbeitgeber mit Verantwortung für ihre Auszubildenden, Mitarbeiterinnen  
265 und Mitarbeiter, sondern sie tragen auch Verantwortung für Staat und  
266 Gesellschaft. Der Sozialpflichtigkeit des Eigentums kommen sie auch  
267 dadurch nach, dass sie sich in ihrem gesellschaftlichen, kirchlichen und  
268 lokalen Umfeld engagieren. Sie sind bereit, ihre Kompetenzen, Kontakte  
269 und Ressourcen gemeinnützigen Organisationen und Initiativen auch für  
270 kirchliche, soziale und kulturelle Zwecke zur Verfügung zu stellen und sich  
271 zu engagieren. Dies gilt insbesondere für das Bildungswesen, das die  
272 Unternehmer im Bereich der beruflichen Bildung mittragen. Noch mehr als  
273 bisher sollen Unternehmen zu Partnern von Bildungseinrichtungen werden  
274 – von der Kita bis zur Uni – und sich gemeinsam mit diesen für  
275 Bildungsprojekte einsetzen. Bei Praktika- und Fortbildungsprogrammen,  
276 bei Unterrichts- und Forschungsprojekten und vielen ähnlichen Aktivitäten  
277 wird sich auch hier für alle Beteiligten eine „win-win“ Situation ergeben.  
278  
279  
280  
281

### 3. Frühkindliche Bildung

#### 3.1. Herausforderungen und Problemlagen in der frühkindlichen Bildung

Ob Kinder von heute den Ansprüchen, Herausforderungen und Belastungen der Welt von morgen gewachsen sein werden, wird weitgehend von der Bildung und Erziehung abhängen, die sie heute erfahren. Kinder müssen auf eine Welt hin gebildet und erzogen werden, die in hohem Maße kulturell unterschiedlich, sozial komplex und wirtschaftlich prekär geworden ist. Dabei nehmen Unsicherheit und Subjektivität zu. In einer Gesellschaft, in der die institutionellen „Geländer der Lebensführung“ immer weniger verlässlich biographische Planungen stützen können und Lebensverläufe tendenziell unkalkulierbar werden, ist Bildung die entscheidende und grundlegende Ressource für eine erfolgreiche, alltägliche Lebensbewältigung. Die tiefgreifenden demografischen, gesellschaftlichen, ökonomischen und sozialen Veränderungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte, die gewandelten Vorstellungen von Kindheit und Erziehung und die gewonnenen neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die kindliche Entwicklung und Sozialisation machen eine Weiterentwicklung der frühkindlichen Bildung erforderlich.

So zeigen die Erkenntnisse der Bildungsforschung und Entwicklungspsychologie sowie der **Neurowissenschaften** deutlich, dass gerade in den ersten Lebensjahren eine hohe Aufnahmebereitschaft und ein großer Erkundungsdrang vorhanden sind, die die Grundlage für das spätere Lernverhalten darstellen. **Wenn gerade in dieser prägenden Phase Kompetenzdefizite entstehen, verstärken sich diese im weiteren Entwicklungsverlauf zu schulischen, beruflichen und gesellschaftlichen Misserfolgen.** Was früh falsch gemacht wurde, lässt sich später nur schwer korrigieren.

Während sich in anderen europäischen Ländern die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass es auf den Anfang ankommt, scheint Deutschland hier immer noch einen großen Nachholbedarf zu haben. **Die Erfahrungen mit der Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz bzw. die aktuelle Diskussion über einen U3-Rechtsanspruch** sind alles andere als zukunftsweisend. So senkten viele Einrichtungen ihre Standards, die Zahl der Kinder pro Gruppe wuchs und geringer qualifiziertes Personal wurde eingestellt. Während Deutschland in den letzten zehn Jahren damit beschäftigt war, die Zahl der Plätze zu erhöhen, investierten andere Nationen in die Qualität frühkindlicher und vorschulischer Bildung. Sie verbesserten die Ausbildung der Erzieher/innen und wandelten ihre Kindergärten in Bildungs- und Familienzentren um.

Statt einer gezielten Förderung frühkindlicher Kompetenzen erfahren Kinder in deutschen Kindergärten oftmals eine Betreuung, die sich nicht genügend an ihren Lebenslagen und Realitäten der Kinder orientiert. Was dagegen getan werden muss, um Kindern bessere Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, hat der OECD-Bericht Starting Strong II bereits im Jahr 2004 ausführlich beschrieben. Gemessen an den internationalen Standards sind die Qualitätsanforderungen der deutschen Kitas zu niedrig. **In diesem Zusammenhang ist auch die Qualität unserer Erzieher/innen, die überbordende Bürokratie sowie die zur Verfügung stehende Betreuungszeit zu sehen.** Zudem kommt noch die besondere Situation hinzu, dass Erzieher/innen immer mehr in Teilzeit als in Vollzeit und noch dazu auf der Basis befristeter Arbeitsverträge arbeiten. Das hohe Maß an Teilzeitbeschäftigung und Personalfuktuation hat Auswirkungen auf die Qualität der pädagogischen Arbeit. So können Einrichtungen den Bedürfnissen von Kindern nach personeller und zeitlicher Kontinuität nicht gerecht werden. Zudem erschwert ein so erheblicher Anteil an Teilzeitbeschäftigten auch die Organisation der Arbeitsabläufe.

332 Um die Bildungsqualität in den Einrichtungen zu steigern, müssen auch angemessene  
333 Zeitanteile für Vor- und Nachbereitung sowie für die Zusammenarbeit im Team und mit  
334 Eltern zur Verfügung stehen. **Hier schlägt die MIT vor, künftig eine klare personelle**  
335 **Trennung von Leitungsfunktionen und organisatorischen Aufgabenbereichen auf der**  
336 **einen Seite und dem Personal für die effektive pädagogische Betreuung vorzunehmen.**

337  
338 Die zentrale Schlüsselkompetenz für eine erfolgreiche Entwicklung ist die  
339 Sprachkompetenz. Heute haben bundesweit durchschnittlich ein Drittel der Kinder  
340 eines Jahrgangs Sprachdefizite, die bei 70 Prozent der Kinder mit Migrationshintergrund  
341 kumulieren. Das mangelnde Sprachvermögen hat gravierende Konsequenzen für das  
342 spätere Lern- und Bildungsverhalten. So haben 75 Prozent der Kinder mit  
343 Sprachentwicklungsstörungen spätere Lese- und Rechtschreibschwächen. Gerade für  
344 Kinder mit Migrationshintergrund ist daher der Besuch einer Kindertagesstätte von  
345 besonderer Bedeutung, da hier der erste regelmäßige und intensive Kontakt mit der  
346 deutschen Kultur und deutschen Kindern erfolgt. Allerdings nehmen Kinder mit  
347 Migrationshintergrund wesentlich seltener einen Krippen- oder Kindertagesstättenplatz  
348 in Anspruch als deutsche Kinder. Ungefähr jedes zehnte Kind ohne und etwa jedes  
349 siebte Kind mit Migrationshintergrund im Alter zwischen vier und sechs Jahren kommt  
350 ohne vorherigen Kindergartenbesuch in die Schule. (Statistisches Bundesamt)  
351 Angesichts des hohen Stellenwertes, den die frühkindliche Bildung mittlerweile für die  
352 schulische Entwicklung der Kinder hat, ist es insbesondere für Kinder mit  
353 Sprachdefiziten problematisch, nicht vor der Grundschule bereits Bildungs- und  
354 Förderangebote wahrgenommen zu haben.

355

### 356 3.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der frühkindlichen Förderung

357

358 **Die ausgeprägte Lernphase vor dem sechsten Lebensjahr muss noch stärker gefördert**  
359 **werden. Denn die Entscheidung über die Schul- und Bildungskarriere fällt zwischen dem**  
360 **vierten und siebten Lebensjahr. Die MIT fordert daher eine Stärkung der frühkindlichen**  
361 **Förderung durch nachstehende Maßnahmen.**

362

363 • Die frühkindliche Erziehung muss stärker als bisher der Erkenntnis folgen, dass  
364 nicht nur **begabte** Kinder etwas lernen können, sondern dass das Lernen und  
365 das „Trainieren“ des Lernens an sich **bilden**. Dieses „Training“ muss darauf  
366 abzielen, dass sich Kinder vielfältige Kompetenzen aneignen können. **Je stärker**  
367 **diese Kompetenzen gefördert werden und damit ausgeprägt vorliegen, desto**  
368 **einfacher können Kinder später ihr fachspezifisches Wissen ausbauen und sich**  
369 **entsprechende Qualifikationen aneignen.** Kinder sollen bereits im Rahmen der  
370 frühkindlichen Erziehung an vielfältige Bildungsinhalte und **gesellschaftliche**  
371 Werte herangeführt werden. Die Vermittlung und Förderung dieser  
372 Kompetenzen bildet eine wichtige Grundlage der vorschulischen Bildung. Dazu  
373 zählen die Beherrschung der Sprache, mathematisches und  
374 naturwissenschaftliches Grundverständnis, **praktische und handwerkliche**  
375 **Fähigkeiten**, Begegnung mit Fremdsprachen sowie die musische Förderung und  
376 die Sport- und Bewegungserziehung. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag muss  
377 die Entwicklung von Sozialkompetenzen und Sekundärtugenden, wie  
378 Pünktlichkeit und Ordnung, stärker berücksichtigen.

379

380 • Frühkindliche Bildung erfolgt primär im Elternhaus und zudem in den  
381 Kindertageseinrichtungen. Das Elternhaus ist die erste, entscheidende

- 382 Sozialisationsinstanz, durch die Kinder die Bedeutung und die Wertschätzung  
383 von Bildung erfahren und wo Wissens- und Charakterbildung beginnen. So  
384 haben die Eltern eine bedeutende Vorbildfunktion im Prozess der  
385 frühkindlichen Bildung und Erziehung ihrer Kinder. Diesen gelingt in der Regel  
386 ihre Lebensführung und soziale Integration im Erwachsenenleben besser, wenn  
387 sie auf stabilen Bindungs- und Bildungsprozessen in den Familien aufbauen.  
388 Deshalb müssen die Eltern stärker als bisher unterstützt und gefördert werden,  
389 um ihrem Erziehungspflichten bzw. der Vermittlung der Sozialkompetenz  
390 nachkommen zu können.  
391
- 392 • Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu  
393 schaffen. Das Angebot in den Kindergärten soll die Chancengerechtigkeit von  
394 Kindern u.a. **durch Individualförderung sicherstellen**, die kindliche Entwicklung  
395 stärken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Eine engere  
396 Verknüpfung zwischen kindlichen Lernprozessen in Familien und in  
397 Tageseinrichtungen und damit zwischen formal organisierten und informellen  
398 Lernprozessen ist dabei erforderlich. Deshalb sollen die Angebote zur **Stärkung**  
399 **der elterlichen Erziehungsverantwortung vor dem Hintergrund unserer**  
400 **Gesellschaftsform elterlicher Kompetenzen** über die Einrichtungen an die  
401 Eltern, insbesondere an Migrantenfamilien, gerichtet werden. Besonders  
402 empfehlenswert sind früh ansetzende Präventionsangebote, also auch  
403 Programme, die die Eltern bereits im ersten Lebensjahr ihres Kindes erreichen.  
404
  - 405 • Die Entwicklung der Beziehung zwischen Familie und Tageseinrichtung sollte  
406 deshalb offen und ohne ideologische Scheuklappen geführt werden. Generell  
407 sollte, bei Beachtung des Kindeswohls, eine stärkere Flexibilisierung der  
408 Öffnungszeiten angestrebt werden und auch private und erwerbswirtschaftlich  
409 ausgerichtete Betreuungsangebote zugelassen und gefördert werden. Eine  
410 stärkere Einbettung der Angebote für Familienbildung in die  
411 Tageseinrichtungen sollte herbeigeführt werden. Insbesondere ist die Idee und  
412 Umsetzung der „lokalen Bündnisse für Familien“ zu fördern.  
413
  - 414 • **Das Bildungswesen allgemein und speziell die kindliche Entwicklung während**  
415 **der ersten 10 Jahre muss stärker in den Fokus** der fachlichen wie politischen  
416 Aufmerksamkeit rücken. Dabei verdient der Übergang von der Familie in die  
417 Krippe, von der Krippe in den Kindergarten, vom Kindergarten in die  
418 Grundschule und von dort in die weiterführenden Schulen **besonderer**  
419 **Berücksichtigung**. Den Eltern als ersten und wichtigsten Ansprechpartnern der  
420 kindlichen Entwicklung und Bildung sind in den Tageseinrichtungen erweiterte  
421 Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten zu eröffnen.  
422
  - 423 • Bildung, Erziehung und Betreuung im Kindergarten leisten im allgemeinen  
424 Sinne eine Schulvorbereitung der Kinder. Seit der Einführung des  
425 Rechtsanspruchs 1996 auf einen Kindergartenplatz ab dem dritten Lebensjahr  
426 wurden Kindergärten deutlich ausgebaut. Hieran muss in Zukunft konsequent  
427 und nachhaltig angeknüpft werden.  
428
  - 429 • Stärker als bisher müssen kindliche Kompetenzen mit spezifischen  
430 Bildungsangeboten bereits im Kindergarten gezielt aufgebaut werden. In den  
431 letzten Jahren sind deshalb Bildungs-, Erziehungs- oder Orientierungspläne für

- 432 die Arbeit in Kindergärten entwickelt worden. Es fehlt aber noch die  
433 Abstimmung im Hinblick auf die Verbindung der beiden Bildungsstufen  
434 Kindergarten und Grundschule. Dafür muss auch ein Bildungs- und  
435 Erziehungskonzept für die außerunterrichtliche Betreuung von Schulkindern  
436 entwickelt werden.  
437
- 438 • Die Kooperation zwischen Fachkräften beider Bildungsbereiche und den Eltern  
439 ist auf eine neue pädagogische Grundlage zu stellen, die beiden Prinzipien –  
440 Kontinuität und Diskontinuität – Rechnung trägt und zudem ein erweitertes  
441 Übergangskonzept, welches die Eltern mit einschließt, vertritt.  
442
  - 443 • Die kontinuierliche Fortbildung der Erzieher/innen ist eine systematische  
444 Maßnahme für die Qualitätsentwicklung in Kitas. Erzieher/innen müssen neue  
445 Aufgaben erfüllen, neue Methoden und Instrumente anwenden und benötigen  
446 dafür eine höherwertige Grundausbildung und qualifizierte Fortbildungen. Da  
447 eine Anhebung des Ausbildungsniveaus allein keine Garantie für eine höhere  
448 Ausbildungsqualität liefert, ist eine konzeptionelle Reform der  
449 Erzieherausbildung erforderlich. Ähnlich wie in anderen europäischen Ländern  
450 ist die Entwicklung eines berufsbegleitenden Weiterbildungsprogrammes  
451 notwendig. In der Übergangsphase müssen deshalb gemeinsame  
452 Ausbildungsabschnitte und/oder Fortbildungsveranstaltungen für Fachkräfte  
453 von vorschulischen Bildungseinrichtungen zusammen mit  
454 Grundschullehrkräften angeboten werden.  
455
  - 456 • Erzieher/innen benötigen zusätzliche Zeit. Die Zuweisung der Personalmittel  
457 berücksichtigt keine nicht kindbezogenen Tätigkeiten. Vor- und Nachbereitung,  
458 Beobachtung und Dokumentation, Fortbildung und Elterngespräche fehlen bei  
459 der Berechnung des Personalbedarfs für die Einrichtungen. Außerdem gibt es  
460 oft keine Vertretungsbudgets, um eine kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten.  
461
  - 462 • Sprachförderung muss im Kindergarten einen besonderen Stellenwert  
463 einnehmen. Der Nutzen einer frühzeitigen Sprachförderung ist wissenschaftlich  
464 unbestritten. Denn wenn vorhandene Sprachdefizite rechtzeitig vor  
465 Schuleintritt kompensiert werden können, reduziert sich das Risiko  
466 nachfolgender schulischer Lernprobleme erheblich. Daher muss in den  
467 Bildungsplänen besonderer Wert auf das Erkennen von Sprachdefiziten, die  
468 Sprachförderung und das Erlernen der deutschen Sprache gelegt werden.  
469
  - 470 • Es muss Raum für spezielle Fördermaßnahmen für Kinder mit unzureichender  
471 **oder verzögerter** Entwicklung und unzureichenden Deutschkenntnissen  
472 ermöglicht werden. Diese Fördermaßnahmen müssen verbunden sein mit  
473 verpflichtenden Sprachstandserhebungen 2 Jahre vor dem Schuleintritt. Speziell  
474 bei Migrantenkindern gilt es, deren Stärken früh zu identifizieren und zu  
475 fördern. Sprachförderung bei Migrantenkindern darf nicht erst kurz vor der  
476 Einschulung beginnen. Vielmehr muss sie die Entwicklung der Kinder, unter  
477 Einbeziehung ihrer Eltern, systematisch und von Anfang an begleiten.  
478
  - 479 • Kommunen, Länder und der Bund sind gefordert, den erhöhten  
480 Investitionsbedarf zur Stärkung der frühkindlichen Erziehung und  
481 Primärbildung gemeinsam zu tragen. Diese Investitionen werden sich

482 volkswirtschaftlich langfristig positiv auswirken. Pädagogisch hochwertige  
483 frühkindliche Erziehung führt insgesamt zu höheren Bildungsstandards,  
484 verringert die Kosten für die Nachqualifizierungen und ist die Basis für die  
485 Ausbildung leistungsstarker Fachkräfte, die in Zukunft dringend benötigt  
486 werden.

487

488

489

#### 4. Grundschule

490

491

##### 4.1. Herausforderungen und Problemlagen im Grundschulbereich

492

493

494

495

496

497

498

499

500

501

502

503

504

505

506

507

Die Veränderungsnotwendigkeit in Bildungseinrichtungen wie z.B. der Grundschule ergibt sich vor allem auf Grund der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie aus den Modernisierungsversäumnissen der zurückliegenden Jahrzehnte. Zu diesen Entwicklungen gehören rückblickend die zunehmende kulturelle Vielfalt der Gesellschaft, die Internationalisierung, die Pluralisierung der Lebensformen, **der steigende Anteil von Eltern, die beide berufstätig sind, der Wandel der Wertevorstellungen und Orientierungslosigkeit, die Veränderung** der Welt durch neue Technologien und Medien sowie die demographische Entwicklung. Mit diesen Veränderungen gehen zugleich spezifische Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für die Grundschule einher. So stellt sich zunehmend die Frage, in welcher Weise die Grundschule heute dazu beitragen kann, dass Kinder ein selbstbestimmtes Leben in einer freien und solidarischen Gesellschaft führen und ihre Lebensperspektiven erweitern sowie einen Beitrag zur Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit leisten können.

508

509

510

511

512

Der Reformbedarf an den deutschen Grundschulen ist in den zurückliegenden Jahren in vielen Bundesländern erkannt worden. Allerdings stand fälschlicherweise oftmals die Reformdebatte über Struktur und Organisation des Grundschulablaufes im Vordergrund und nicht die Qualität und das inhaltliche Profil der Grundschulen.

513

514

515

516

517

518

519

520

521

522

So gab es Debatten über die Verlängerung der Grundschuldauer, die Veränderung des Einschulungszeitpunktes und des Benotungssystems, die Einführung eines jahrgangsübergreifenden Unterrichts oder etwa die Einrichtung von Halbtags- oder Ganztagschulen. Diese Reformdebatten, die in einzelnen Bundesländern in unterschiedlicher Ausprägung in der Veränderung der Grundschulstruktur mündeten, haben eines weitestgehend gemeinsam: sie lassen ein ganzheitliches Konzept unter Berücksichtigung der Notwendigkeit neuer Lehr- und Lernformen, einer Veränderung der Lehreraus- und weiterbildung, einer Umstellung der Curricula sowie einer neuen Herangehensweise zur individuellen Förderungen eines jeden Kindes vermissen.

523

524

525

526

527

528

529

530

531

Die Ursache hierfür liegt in der unterschiedlichen bildungspolitischen und bildungsprogrammatischen Akzentsetzung der jeweils regierenden Parteien sowie in der Komplexität und Vielschichtigkeit, die mit einem ganzheitlichen Konzept verbunden sind. Um die Grundschulen in Deutschland zukunftsfest zu machen und auf die Herausforderungen von morgen auszurichten, werden punktuelle Strukturveränderungen nicht ausreichen.

## 532 4.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Grundschule

533

534 Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Grundschule haben in den  
535 zurückliegenden Jahren stark zugenommen. Es sind nicht allein Strukturveränderungen  
536 sondern vor allem eine Neuausrichtung orientiert an Qualität und Schulprofil der  
537 Grundschulen erforderlich. Die MIT fordert daher eine Stärkung der Grundschule durch  
538 nachstehende Maßnahmen.

539

540 • Die Grundschule – wie jede andere Schulart auch - darf von keiner politischen  
541 Partei als Experimentierfeld oder zu Wahlkampfzwecken missbraucht werden.  
542 Jedes Reformvorhaben in den einzelnen Bundesländern sollte im Vorfeld von  
543 Entscheidung und Umsetzung von einem unabhängigen Expertengremium in  
544 Abstimmung mit der Kultusministerkonferenz auf seine Machbarkeit,  
545 Finanzierung, die ausreichende Vorbereitung und Weiterbildung der Lehrer  
546 sowie seine Sinnhaftigkeit überprüft und bewertet werden. Die Ergebnisse  
547 eines solchen Expertengremiums sollten parteienübergreifend, ideologiefrei  
548 und vor allem öffentlich mit den Bürgern, Lehrern, Eltern sowie Schülern  
549 diskutiert werden. Wie die Erfahrungen aus einzelnen Bundesländern zeigen,  
550 sollten Reformvorhaben nicht an den Betroffenen vorbei, sondern mit ihrer  
551 Einbeziehung in einem Abwägungsprozess realisiert werden.

552

553 • Es gibt ebenso viele Vor- wie auch Nachteile, die mit Blick auf die Einführung  
554 einer vierjährigen Grundschule angeführt werden können. Untersuchungen  
555 haben gezeigt, dass Kinder, die vorzeitig nach der vierten Klasse zum  
556 Gymnasium wechselten, mehr gelernt haben als Gleichaltrige, die regulär  
557 weitere zwei Jahre die Grundschule besucht haben. Diese Ergebnisse gelten  
558 jedoch nur für wenige schulische Bereiche wie etwa Mathematik. Zudem ist es  
559 falsch anzunehmen, dass diese Schüler nach der sechsten Klasse einen  
560 Bildungsvorsprung von zwei Jahren hätten. Die meisten Schüler, die früher  
561 wechselten, haben sich bereits beim Übergang von ihren Klassenkameraden  
562 unterschieden. Diese Unterschiede haben sich durch den Wechsel nur  
563 vergrößert. Es gibt also kein Patentrezept. Optimal wäre die Einführung einer  
564 Wahlfreiheit, wonach die Eltern die Möglichkeit erhalten, orientiert am  
565 Entwicklungsstand und den individuellen Fähigkeiten ihres Kindes zu  
566 entscheiden, ob ihr Kind die sechsjährige Grundschule besucht oder bereits  
567 nach der 4. Klasse zur Sekundarstufe I wechselt. ***Dies wird seit Jahrzehnten so in  
568 diversen Bundesländern gehandhabt und ermöglicht somit eine individuelle  
569 Förderung, indem einzelnen Schülern mehr Raum für ihre Entwicklung auf  
570 schulischem Niveau geben wird.***

571

572 • Allein eine Veränderung der Schulstruktur oder die Verkürzung bzw.  
573 Verlängerung der Grundschulzeit wird zu keiner Stärkung der Grundschule  
574 führen. Hierzu ist es vielmehr erforderlich, die Unterrichtsqualität durch höhere  
575 fachliche Kompetenz bei den Lehrkräften, durch Früh- und gesonderte  
576 Sprachförderung für bedürftige Kinder sowie eine individuelle Förderung der  
577 Schüler, orientiert an ihren jeweiligen Fähigkeiten und Entwicklungsständen, zu  
578 verstärken. Dabei darf vor allem die individuelle Förderung der leistungsstarken  
579 und hochbegabten Schüler nicht vernachlässigt werden.

580

- 581 • Kindertagesstätten und Grundschule müssen sich künftig noch stärker durch  
582 verbindliche Formen der Zusammenarbeit füreinander öffnen, um den  
583 Übergang zwischen beiden Einrichtungen für die Kinder zu erleichtern. (s.a.o.)  
584 Erziehungs- und Lehrpersonal benötigt auf allen Ebenen Kenntnisse über die  
585 abgebende und aufnehmende Institution, um vertrauensvoll zusammenarbeiten  
586 zu können. Klare Anforderungen an die Leistung und an die  
587 Leistungsbereitschaft der Kinder sind ein unverzichtbares Element, um ihre  
588 Fähigkeiten zu entfalten und nachteilige soziale Ausgangsbedingungen  
589 auszugleichen.
- 590
- 591 • Bereits im Grundschulbereich muss das Leistungsprinzip wieder stärker in den  
592 Fokus rücken. Hierzu ist es erforderlich, dass die Schüler bereits ab der  
593 Grundschule mit Noten bewertet werden. Für die Grundschule ebenso wie für  
594 die weiterführenden Schulen sollten die unterschiedlichen Bewertungssysteme  
595 in den Bundesländern auf ein Bewertungssystem vereinheitlicht werden.  
596 Zudem sollte bereits ab der Grundschule in allen Bundesländern auf den  
597 Zeugnissen und insbesondere auf Zeugnissen in Abschlussklassen das Arbeits-  
598 und Sozialverhalten von Schülerinnen und Schülern durch die Lehrkräfte  
599 bewertet und ehrenamtliches und gesellschaftliches Engagement in den  
600 Zeugnissen aufgeführt werden.
- 601
- 602 • Ab der 1. Klasse soll eine Förderschule für Kinder mit Sprachdefiziten oder  
603 anderen Defiziten, die den Lernfortschritt behindern, eingerichtet werden.
- 604
- 605 • Es sollte ein ausgewogenes Verhältnis von Lehrern und Lehrerinnen geben.  
606 Kindern sollte damit die Möglichkeit geben werden, einen entsprechenden  
607 Ansprechpartner wählen zu können.
- 608
- 609 • ***Der Ansatz der Inklusion wird mittlerweile in vielen Bundesländern als Maßstab***  
610 ***herangezogen. Dennoch kann man auch in Zukunft nicht auf Förderschulen***  
611 ***verzichten. Es gibt Schüler, deren Behinderungen zu schwerwiegend sind, als***  
612 ***dass man sie in den Alltag einer regulären Schule integrieren könnte. Diese***  
613 ***Förderschulen müssen sich auf die individuelle Förderung und Versorgung***  
614 ***spezialisieren. Natürlich ist für den Fall, dass eine Integration möglich ist, der***  
615 ***Ansatz der Inklusion umzusetzen.***
- 616
- 617

## 5. Weiterführende Schule

### 5.1. Herausforderungen und Problemlagen im Bereich der weiterführenden Schulen

622 Im gleichen Maße, wie die Ausrichtung der Grundschule den gesellschaftlichen  
623 Entwicklungen angepasst werden muss (siehe oben), gilt dies auch für die  
624 weiterführenden Schulen. Dabei sind die Problemlagen, die mit einer notwendigen  
625 Modernisierung der weiterführenden Schulen in Deutschland verbunden sind,  
626 vielschichtig und komplex.

627

628 In den zurückliegenden Jahren haben die Schulformen, die in den einzelnen  
629 Bundesländern auf die Grundschule folgen, viele verschiedene Namen erhalten:  
630 Mittelschule, Sekundarschule, Regelschule, Oberschule, Werkrealschule, Realschule,

631 Realschule plus, Stadtteilschule, Gymnasium, Gesamtschule u.v.m. In keinem anderen  
632 Land der Welt findet man ein derart vielschichtiges und größtenteils inkompatibles  
633 Schulsystem.

634  
635 Die Schulstrukturen sind im Wandel. Eine Entwicklung ist dabei sehr auffällig: In den  
636 meisten Bundesländern gibt es heute keine Hauptschulen mehr. Nur fünf Bundesländer  
637 halten noch offiziell an der dreigliedrigen Struktur fest: Baden-Württemberg, Bayern,  
638 Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Aber auch hier gerät die Hauptschule  
639 mehr und mehr ins Wanken. Die Ursache für diese Entwicklung ist nicht allein in einem  
640 bildungspolitischen Umdenken zu suchen. Sie ist vielmehr eine Reaktion auf die  
641 demografische Entwicklung und der Tatsache geschuldet, dass die Hauptschule von  
642 immer mehr Eltern als ‚Restschule‘ abgelehnt wird. ***Ebenso werden die Anforderungen an  
643 die Absolventen immer höher, der Hauptschulabschluss indes reicht für die meisten  
644 Berufsausbildungen nicht mehr aus und ein Hauptschulabschluss ist zudem  
645 gesellschaftlich nicht sehr anerkannt.***

646  
647 Unter dem Druck des demografischen Wandels wird sich das deutsche Schulsystem in  
648 den kommenden 15 Jahren weiterhin verändern. Allein bis zum Jahr 2025 wird die Zahl  
649 der Kinder und Jugendlichen im Alter zwischen 6 und 18 Jahren von knapp 11 Millionen  
650 um rund 2 Millionen auf 9 Millionen zurückgehen. Besonders drastisch wird der  
651 Schwund mit 27,4 Prozent bei den 16- bis 18-jährigen Jugendlichen sein. Bei den  
652 Schülern zwischen 10 und 15 Jahren, deren Alter in den meisten Bundesländern der  
653 Sekundarstufe I entspricht, werden 15,8 Prozent Kinder fehlen. Auch in der Primarstufe  
654 (6 bis 9 Jahre) werden mit 14,3 Prozent deutlich weniger Kinder als heute die Schule  
655 besuchen. Durch den massiven Rückgang der Schülerzahlen dürfte vor allem das  
656 dreigliedrige Schulsystem weiter unter Druck geraten.

657  
658 Die größte Herausforderung wird in den kommenden Jahren darin bestehen, in einem  
659 breiten gesellschaftlichen Konsens und einem tragfähigen Konzept auf diese  
660 Entwicklung zu reagieren.

## 661 662 **5.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der weiterführenden Schulen**

663  
664 Ebenso wie beim Grundschulbereich gilt auch für die weiterführenden Schulen, dass  
665 allein eine Debatte und anschließende Reform der Schulstrukturen zu kurz greifen  
666 würde. Auch hier bedarf es einer inhaltlichen Neuausrichtung, orientiert an Qualität und  
667 Schulprofil. Die MIT fordert daher eine Stärkung aller weiterführenden Schulen durch  
668 nachstehende Maßnahmen.

669  
670 • ***Die MIT plädiert für ein vielfältiges Schulsystem mit bundeseinheitlichen  
671 Bildungsstandards und Abschlüssen.*** Es wird erkannt, dass einzelne  
672 Bundesländer allein schon auf Grund des demographischen Wandels vor der  
673 Notwendigkeit stehen, eine Veränderung hin zu einem zweigliedrigen  
674 Schulsystem vorzunehmen.

675  
676 • Die Durchlässigkeit (sowohl horizontal als auch vertikal) im Schulsystem muss  
677 gewährleistet sein. Die Schulen sollen zu Modellen ermuntert werden, diese  
678 Durchlässigkeit im Rahmen der Kooperation mit anderen Schulformen zu  
679 regeln.

680

- 681 • Es muss bei Bedarf grundsätzlich die Möglichkeit bestehen, eine  
682 Ganztagschule in möglichst allen Schulformen wählen zu können.  
683
- 684 • Das Abitur sollte in allen Bundesländern nach 12 Schuljahren abgeschlossen  
685 werden können. **Zudem soll die Möglichkeit geschaffen werden, nach dem**  
686 **Abitur ein praktisches Orientierungsjahr anzuschließen.**  
687
- 688 • Es sollen in allen Bundesländern einheitliche Bildungs- und Leistungsstandards  
689 gelten. Es soll generell eine Pflicht für Aufnahmeprüfungen für die  
690 unterschiedlichen Schultypen eingeführt werden. Die Zuständigkeit für die  
691 entsprechenden Regelungen soll bei der Kultusministerkonferenz liegen. Das  
692 Kooperationsverbot soll so angepasst werden, dass dem Bund die Möglichkeit  
693 eröffnet wird, bildungspolitisch mit den Ländern zusammenzuarbeiten.  
694
- 695 • Die Lerninhalte gerade in den weiterführenden Schulen müssen so ausgerichtet  
696 werden, dass sie eine vorbereitende Funktion auf das spätere, eigenständige  
697 Leben, die Ausbildung, die Lehre, die Hochschule und den Beruf erfüllen.  
698 Priorität muss dabei die Vermittlung von Kernkompetenzen haben. Stärker  
699 noch als bisher müssen wirtschaftliche Zusammenhänge und das Fundament  
700 der Sozialen Marktwirtschaft an weiterführenden Schulen zum festen  
701 Bestandteil des Lehrplanes werden. Im Rahmen einer Modernisierung der  
702 Lehrpläne sollten auch Vertreter der Hochschulen und der Wirtschaft um  
703 Mitwirkung gebeten werden, um die Hochschulanforderungen ebenso wie die  
704 Bedürfnisse der Wirtschaft als zukünftigem Arbeitgeber sowie deren  
705 Grundanforderungen und Kriterien bei Ausbildung, Lehre und Beruf stärker  
706 berücksichtigen zu können. Zudem soll den Lehrern die Möglichkeit eingeräumt  
707 werden, auch einen tieferen Einblick in die Praxis von Unternehmen nehmen zu  
708 können.  
709
- 710 • Im deutschen Schulsystem müssen grundsätzlich die Elitenförderung auf allen  
711 Ebenen der schulischen Ausbildung sowie eine stärkere Hilfestellung zur  
712 besseren Erkennung von hochbegabten Kindern einen breiteren Raum  
713 einnehmen.  
714
- 715 • Die Schulen müssen mehr Autonomie erhalten, um schulinterne Prozesse  
716 eigenständig regeln zu können. Hierzu gehört auch die Entscheidungshoheit  
717 über das Lehrpersonal, die Regelung von Vertretungsfällen, die Ausprägung  
718 eines besonderen Schulprofils und dessen Ausgestaltung sowie die  
719 Budgetentscheidung wie etwa den Mitteleinsatz für  
720 Instandsetzungsmaßnahmen, Projektstage oder ähnliches.  
721
- 722 • Die Förderung schwächerer Schüler ebenso wie die Förderung leistungsstarker  
723 Schüler muss in den Schulablauf durch besondere schulische Angebote  
724 implementiert werden. Hierzu gehört die individuelle Förderung während des  
725 schulischen Alltags ebenso wie spezielle Förderangebote. Es sollte geprüft  
726 werden, ob für Schüler, die auf Grund bestimmter Leistungsschwächen  
727 gefährdet sind, die nächste Klassenstufe zu erreichen, Ferienschulen eingeführt  
728 werden können. Während eines Teils der regulären Ferienzeit könnten diese  
729 Schüler individuell durch gezielte schulische Angebote gefördert werden. Ein

730 ähnlicher Ansatz könnte auch für die Förderung hochbegabter Schüler gewählt  
731 werden.

732

733

734

## 6. Duales System, Lehre und Ausbildung

735

736

### 6.1. Herausforderungen und Problemlagen in der Ausbildung

737

738 Im Jahr 2010 gab es laut Bundesinstitut für Berufsausbildung 348 anerkannte  
739 Ausbildungsberufe im dualen System. Außerhalb des dualen Systems gibt es weitere  
740 Ausbildungsberufe, wie z. B. in vollzeitschulischen Ausbildungsgängen an Berufsschulen.  
741 Etwa 70 % aller Jugendlichen in Deutschland beginnen eine Ausbildung im dualen  
742 System der Berufsausbildung, die mit einer staatlichen Prüfung abgeschlossen wird. Der  
743 Zugang zur dualen Berufsausbildung ist formal an keinen bestimmten Schulabschluss  
744 gebunden. Auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung  
745 werden in bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen die anerkannten  
746 Ausbildungsberufe und Ausbildungsgänge definiert. Im Mittelpunkt stehen dabei  
747 Berufe, die in Gewerbebetrieben, in freien Berufen und Einrichtungen der öffentlichen  
748 Verwaltung ausgeübt werden. Die Ausbildung zum Facharbeiter oder Fachangestellten  
749 erfolgt kombiniert als betriebliche und schulische Berufsausbildung im dualen System.  
750 Es werden mehrere Formen der berufsbildenden Schulen unterschieden: das  
751 Berufsvorbereitungsjahr, das Berufsgrundschuljahr, die Berufsschule, die  
752 Berufsfachschule, die Berufsaufbauschule, die Fachoberschule, das berufliche  
753 Gymnasium und die Kollegschulen. Die Vielzahl dieser Schulformen ist bedingt durch  
754 die Tatsache, dass für alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr die Teilzeitschulpflicht  
755 besteht. Aufgrund des Bildungsföderalismus werden die Fächerangebote und die  
756 Lehrpläne von den Ländern erlassen. Diese müssen sich an einem Rahmenlehrplan  
757 orientieren, der von der Kultusministerkonferenz verabschiedet wird. Die duale  
758 Berufsausbildung hat das Ziel, den Jugendlichen dauerhafte  
759 Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und der Gesellschaft langfristig einsetzbare  
760 und hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

761

762 Die Ausbildung von Jugendlichen in der dualen Berufsausbildung übernehmen  
763 Ausbilder, die nach dem Berufsbildungsgesetz geeignet sind und ihre Eignung durch  
764 eine Prüfung entsprechend der Ausbildereignungsverordnung nachgewiesen haben. Im  
765 Handwerk ist die Ausbildereignung durch eine abgelegte Meisterprüfung nachgewiesen.

766

767 Nach dem Berufsbildungsbericht der Bundesregierung 2010 gilt fast jeder zweite  
768 Schulabgänger als nicht ausbildungsreif und muss vor der Vermittlung in eine  
769 Berufsausbildung zusätzliche Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen. Beklagt werden  
770 vor allem Mängel in Mathematik und Deutsch, zu wenig Disziplin und geringe  
771 Leistungsbereitschaft. Verursacht durch die demografische Entwicklung, werden der  
772 Wirtschaft in Zukunft weniger Auszubildende zur Verfügung stehen. Die Zahl der  
773 Schüler an den allgemeinbildenden Schulen wird bis 2025 um etwa 19 % sinken. Es  
774 kommt also noch mehr als in den vergangenen Jahren darauf an, die berufliche  
775 Ausbildung mit zusätzlichen Bildungsangeboten zu paaren, um die Defizite der  
776 schulischen Ausbildung auszugleichen.

777

778 Auch für die Nachqualifizierung von Berufstätigen, die bisher keinen Beruf erlernt  
779 haben, wächst die Bedeutung der Berufsausbildung ständig. Von den 25- bis 34-jährigen

780 haben fast 20 % keinen Berufsabschluss. Bei der Gruppe der Migranten ist die Situation  
781 noch dramatischer. Hier sind 30 % der 20- bis 30-jährigen ohne Berufsabschluss.

782

## 783 **6.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Ausbildung**

784

785 Das Prinzip der dualen Berufsausbildung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten  
786 bewährt. Die einheitliche Vorgabe von Leistungsstandards durch die  
787 Kultusministerkonferenz und die individuelle Umsetzung durch die Länder sind dabei  
788 das Fundament des Erfolges. Dennoch ist es notwendig, die duale Berufsausbildung auf  
789 die demografische Entwicklung in Deutschland, auf den wissenschaftlichen und  
790 technischen Fortschritt und auf die Herausforderungen bei der Erhöhung des  
791 Leistungsstandes und der sozialen Kompetenz der Jugendlichen einzustellen. Wie in  
792 allen Bereichen unserer Gesellschaft, darf es auch in der Berufsausbildung keinen  
793 Stillstand geben. Folgende Forderungen sind deshalb zeitnah umzusetzen:

794

- 795 • Eine qualitativ hochwertige Ausbildung in einer so großen Vielfalt von Berufen  
796 ist mit hohen Kosten, vielen Standorten und einer personalintensiven  
797 Vorhaltung von Lehren und Ausbildern verbunden. Splitterberufe sind zu  
798 Hauptberufen zu vereinigen. Kostenoptimierend und die demografische  
799 Entwicklung berücksichtigend, sind Standorte der Berufsausbildung zu „Zentren  
800 der Berufsausbildung“ zusammenzufassen. Um allen Jugendlichen den Zugang  
801 zur Berufsausbildung zu ermöglichen, sind die Kosten für Internat und  
802 Beförderung sozialabhängig zu fördern. Hierfür zusätzlicher Finanzbedarf ist im  
803 System einzusparen.
- 804 • Lehrer und Ausbilder sind auf den derzeitigen Leistungsstand der  
805 Schulabgänger durch Weiterbildungsmaßnahmen einzustellen. Ein Schwerpunkt  
806 muss bei der pädagogischen und psychologischen Ausbildung in Hinsicht auf  
807 die Erhöhung der Sozialkompetenz der Jugendlichen liegen.
- 808 • Durch eine verbesserte Kooperation zwischen Eltern, Schule, Berufsschule und  
809 Wirtschaft sind die Schulabgänger frühzeitig ab der 8. Klasse auf die Berufswahl  
810 und die Anforderungen der Berufsausbildung einzustellen. Auf einen speziellen  
811 Förderungsbedarf ist umgehend einzugehen. Eine individuelle Begleitung von  
812 Schülern und Eltern im Rahmen der Berufsorientierung und -beratung muss  
813 möglich sein. In Zusammenarbeit aller Beteiligten, ist die Vorbereitung auf die  
814 Berufsausbildung mit der Erweiterung des Angebotes von Praktikumsplätzen  
815 und dem verstärkten Einsatz schulexterner Berater weiter auszubauen.
- 816 • Über die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern sowie in  
817 Kooperation mit Firmen mit Ausbildungserfahrung, ist es kleinen Unternehmen  
818 zu ermöglichen, eigene Lehrlinge auszubilden.
- 819 • Zur Berufsausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist die  
820 begleitende Sprachförderung von elementarer Bedeutung. Da Sprache die  
821 Voraussetzung für Bildung ist, sind hier spezielle Fördermaßnahmen mit  
822 personeller Unterstützung notwendig.
- 823 • **Markenzeichen des deutschen Bildungswesens ist die Duale Ausbildung.**  
824 **Aktuelle Pläne der EU führen im Ergebnis dazu, durch forcierte weitere**  
825 **Erhöhung der Abiturienten- und Hochschulabsolventenquoten das duale System**  
826 **der beruflichen Bildung in Deutschland auszutrocknen und durch gemeinsame**  
827 **europaweite Standards die hohe Qualität der Ausbildungsgänge zu verwässern.**  
828 **Dieses Vorhaben ist daher abzulehnen. Vielmehr sollte in möglichst vielen**

829 **Mitgliedstaaten der Europäischen Union das duale Ausbildungssystem**  
830 **eingeführt werden.**

831

832

833

834

## 7. Hochschule

835

836

### 7.1. Herausforderungen und Problemlagen an den Hochschulen

837

838

Die inhaltliche Freiheit von Forschung und Wissenschaft gehört zu unserem Grundverständnis und ist wichtige Voraussetzung auch für den Wettbewerb zwischen den Hochschulen. In einer mobilen und global agierenden Welt wächst die Bedeutung der Vergleichbarkeit und des Wertes von Studienabschlüssen. An die Stelle weniger klassischer Titel ist nun mit „**Bachelor**“ und „**Master**“ **Abschlüsse getreten, deren Anerkennung und Wertschätzung in der Praxis noch nicht in dem Maße angenommen wurden, wie dies bei den klassischen Graduierungen der Fall war.**

845

Diverse Initiativen der letzten Jahre zur Exzellenz, zur Clusterbildung für Innovation und Technologietransfer haben zahlreiche Hochschulen in Deutschland zur Qualitätssteigerung und zum Ausbau von Spitzenpositionen genutzt.

848

Die Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft wurde intensiviert, wie die Steigerung der Aufwendungen der Unternehmen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte in Kooperation auf inzwischen 15 Prozent der Forschungsaufwendungen der Hochschulen zeigt. Mehr und mehr Unternehmen, auch mittelständische Betrieb, finanzieren oder sponsern **Professorenstellen bzw. Forschungseinrichtungen**. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die staatliche Grundfinanzierung aus den Länderhaushalten vernachlässigt oder in Erwartung des Demographischen Wandels zurückgefahren wird.

856

Hochschulen in Ländern mit Studiengebühren konnten diese Gelder zum Ausbau ihrer Forschungs- und Lehrmöglichkeiten spürbar nutzen. Dort, wo diese Studiengebühren durch politisch begründete Landesregelungen entfallen, sind die Länder gefordert, aus dem Landeshaushalt heraus den Hochschulen angemessene Haushaltsmittel zur Kompensation zur Verfügung zu stellen.

861

Vor dem Hintergrund des anstehenden doppelten Abiturjahrgangs kommen auf viele Hochschulen zusätzliche Belastungen und Anforderungen zu, denen antizipativ finanziell und organisatorisch Rechnung getragen werden muss. Eine zeitgemäße Hochschulpolitik darf sich nicht mit Bafög und Begabtenförderung zufrieden geben. Zu den üblichen Serviceeinrichtungen wie Mensa, Sportanlagen und Bibliotheken sind heutzutage auch Kindergärten auf dem Campusgelände geboten. Damit kann ein Beitrag geleistet werden **zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Familie und Studium**. Auch firmenfinanzierte Stipendien bleiben ein probates Mittel insbesondere bei den MINT-Fächern, dass stärker einzusetzen wäre, um dem heute schon bestehenden wachstumshemmenden Fachkräftemangel zu begegnen.

871

Eine weitere Herausforderung stellt der wachsende Anteil Studierender mit Immigrationsintergrund dar, wie auch steigende Zahlen ausländischer Studenten, ohne dass sie heute zufriedenstellende Perspektiven auf Arbeitserlaubnis und Verbleib in Deutschland nach erfolgreich absolviertem Studium haben.

875

Das Wissen voneinander, die Kommunikation zwischen Hochschulen und Schulen, wie zwischen Hochschulen und Wirtschaft, ist stark defizitär und bedarf intensiver Anstrengungen von Politik, Medien, Bildungseinrichtungen und Wirtschaft.

878

## 879 7.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Hochschulen

880

881 Da Bildung unsere wichtigste Ressource ist, können wir uns auf diesem Gebiet keine  
882 Nachlässigkeit, keine Reibungsverluste und keine Verschwendung von Potentialen im  
883 globalen Wettbewerb leisten. Alle Möglichkeiten in Qualität und Quantität gerade im  
884 Bereich der Hochschule müssen genutzt werden. ***Gleichzeitig muss der***  
885 ***Hochschulstandort Deutschland stark an Attraktivität im internationalen Wettbewerb***  
886 ***gewinnen. Deutschland gehörte einmal zu den führenden Forschungsnationen in allen***  
887 ***Disziplinen. Mittlerweile kann man dies lediglich nur noch auf die***  
888 ***Ingenieurwissenschaften beziehen.*** Nachstehende Forderungen müssen deshalb  
889 Berücksichtigung finden:

890

891 • Es ist eine größere Transparenz der Bildungs- und Forschungsmöglichkeiten und  
892 eine bestmögliche Durchlässigkeit der Bildungssysteme erforderlich.

893

894 • Es muss eine Kultur der Zusammenarbeit gefördert und gefordert werden  
895 zwischen Schulen und Fachhochschulen/Universitäten, zwischen  
896 Fachhochschulen und Universitäten, zwischen Wirtschaft und allen  
897 Bildungseinrichtungen bis hin zu forschungsintensiven Universitäten. Diese  
898 Zusammenarbeit ist vom einfachen Informationsaustausch bis hin zu konkreten  
899 Kooperationen und zu strategischen Partnerschaften mit Wissens- und  
Technologietransfer systematisch zu fördern und zu organisieren.

900

901 • Die Wirtschaft, eigentlich die gesamte Volkswirtschaft, ist an einer Verkürzung  
902 des Weges von der wissenschaftlichen Erkenntnis zu marktfähigen Produkten  
903 und Verfahren besonders interessiert. Deshalb sollte die Zusammenarbeit bei  
904 Forschungs- und Entwicklungsthemen Wirtschaft, Fachhochschulen,  
Hochschulen und Institute wie die Fraunhofer-Gesellschaft umfassen.

905

906 • Das System der dualen Studiengänge mit berufsnahen und praktischen  
907 Ausbildungsanteilen hat sich bewährt. Es wirkt sich positiv aus auf das  
908 Fachkräfteangebot in der Fläche wie auf die Durchlässigkeit und  
909 Aufstiegsmöglichkeiten für Studierwillige. Diese Hochschulausbildung  
910 verbindet den wissenschaftlichen Anspruch mit Realitätsnähe zur Berufswelt.  
911 Gemeinsam mit der Wirtschaft sollte eine bundesweite Ausdehnung des  
912 Angebotes dualer Studiengänge geprüft und gefördert werden. Die Wirtschaft  
913 leistet mit den dualen Studiengängen einen nennenswerten Beitrag zur  
914 Hochschulfinanzierung, der in der politischen Öffentlichkeit wie in den Medien  
besser gewürdigt werden sollte.

915

916 • Die MIT begrüßt innovationsfördernde Initiativen zur Cluster- und  
917 Netzwirkbildung, die mittelständischen Unternehmen die Mitwirkung mit  
möglichst wenig bürokratischen Hürden erlauben.

918

919 • Die MIT regt an, mit stärkeren steuerlichen Anreizen zusätzliche Impulse zu  
920 setzen für nicht-staatliche Aufwendungen zur Förderung von Wissenschaft und  
921 Forschung an den Fachhochschulen und Hochschulen, zum beschleunigten  
Technologietransfer und zu Kooperationsprojekten.

922

923 • Die MIT begrüßt die Einrichtung des Deutschlandstipendiums, bei dem  
924 Studierende mit 300 Euro monatlich gefördert werden, wobei die eine Hälfte vom  
925 Bund und die andere Hälfte von privaten Stiftern getragen werden. Dieses neue  
926 Bündnis aus zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlicher Förderung  
927 durch den Bund ist ausdrücklich zu unterstützen.

928

928

## 8. Lehrerbildung

### 8.1. Herausforderungen und Problemlagen bei der *Lehrerbildung*

Seit den 1990er Jahren hat die Globalisierung auch die Schulen erreicht und damit tradierte Sozialisationsstrukturen verändert und letztlich in Frage gestellt. Nimmt Schule noch den Raum öffentlicher Wertschätzung ein, der ihr zukommt? ***Insgesamt wird vom jetzigen Schulsystem einerseits zu viel erwartet und andererseits wird es vernachlässigt.***

Bei allen Fragen rund um die Lehrerbildung handelt es sich, wie generell bei Schulthemen, um eine hochemotionalisierte Debatte. Die Verhältnisse in den Schulen werden unweigerlich als Spiegelbild der gesamtgesellschaftlichen Situation interpretiert, für die im Kritikfall niemand verantwortlich sein will, über die jedoch jeder meint, mitreden zu können.

Wie das gesamte Schulwesen leidet auch die Lehrerbildung an föderaler Zersplitterung und Unübersichtlichkeit, die komplikationsfreie Übergänge in andere Bundesländer kaum zulässt.

Vielfach beklagt und noch immer nicht bewältigt ist die ***Differenz zwischen Theorie und Praxis in der Lehrerbildung. Hinzu kommt, dass die Lehrerbildung an den Universitäten oft nicht die Beachtung erfährt wie andere Fachbereichsausbildungen und vernachlässigt wird.***

Seit PISA ist die Schullandschaft ein Dauerlabor, das mit Überregulierung zu mehr Eigenverantwortung motivieren will, jedoch in der vermeintlichen Entbürokratisierung die paradoxe Situation einer immer stärkeren Reglementierung des Schulalltags bewirkt. Permanente Qualitäts- und Professionalisierungsdebatten, Evaluationen und Tests begleiten den Schulalltag und behindern ihn vielfach – in dieser komplexen Situation bleibt die gegenwärtige Lehrerbildung trotz aller Reformbewegungen bemerkenswert anachronistisch.

***Fast jedes fünfte Schulkind leidet an einer psychischen Störung (BKK 2011), damit werden dem Lehrer neben seinen eigentlichen pädagogischen und didaktischen Aufgaben, zusätzliche Handlungsfelder auferlegt, die in den therapeutischen Bereich reichen, einem Bereich, der nicht zu seinen endogenen Aufgaben gehört. Dies wiederum zieht eine hohe psychische Belastung nach sich, die in der gegenwärtigen Lehrerbildung keine Berücksichtigung findet. Dies muss künftig bei der Lehrerbildung einen stärkeren Fokus einnehmen.***

***Die Notwendigkeit sowohl in der Berufseinstellung eines Lehrers also auch in dessen Ausbildung bedarf einer massiven Neuausrichtung. Der Lehrer muss seine Arbeit als eine „Berufung“ ansehen nicht als einen „Job“, den er innerhalb eines festen Pensums in Form von Präsenzzeiten an den schulischen Einrichtungen absolviert. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür sind vorhanden. Insbesondere bei der Ausgestaltung der Ganztagschulen ist es bereist heute schon möglich. Lehrer sind keine Teilzeitkräfte und können daher wie jeder Arbeitnehmer und Beamte in vollem Umfang ihre Unterrichtsgestaltung, Betreuung, Beratung und Unterrichtsdurchführung in der schulischen Einrichtung absolvieren. Dies würde sich erheblich auf die Betreuungsleistung den Schülerinnen und Schülern gegenüber auswirken. Der Beruf Lehrer muss also auch schon während der Ausbildung und im Studium als „Berufung“ vermittelt werden.***

Zu viele Studenten bemerken erst im Referendariat, dass sie für den Lehrerberuf nicht geeignet sind und „können dann nicht mehr zurück“ bzw. erhalten Gefälligkeitszeugnisse, die ihnen jedoch in einem jahrzehntelangen, fordernden

979 Berufsalltag nicht weiterhelfen. *Es ist daher dringend geboten, die Eignung zum Beruf*  
980 *als Lehrer sehr früh überprüfen zu können. Ähnlich wie dies bei der Ausbildung in den*  
981 *medizinischen Berufen seit Jahrzehnten geschieht, sind Praxis-Elemente ins Studium*  
982 *einzubauen, die dem Studierenden zu Beginn des Studiums die Möglichkeit geben, sehr*  
983 *schnell seine Eignung zum Lehrer reflektieren zu können.*

984 Die unübersehbaren Herausforderungen, denen insbesondere junge Lehrer in ihrer  
985 künftigen Berufslaufbahn ausgesetzt sein werden, tragen die meisten Bundesländer mit  
986 Reformen in Richtung einer „phasenübergreifenden Lehrerausbildung“ Rechnung. Diese  
987 werden jedoch gerade erst aufgenommen und benötigen noch jahrelanger  
988 Feinjustierung und erfolgreicher Adaption.

989  
990

## 991 **8.2. Forderungen der MIT zur Stärkung der Lehramtsausbildung**

992

993 Nur gut ausgebildete und motivierte Lehrer können Kinder und Jugendliche zu  
994 Persönlichkeiten ausbilden, die hohe Sachkompetenz mit Teamfähigkeit und  
995 Problemlösungskompetenz verbinden. Daher müssen nachstehende Maßnahmen  
996 umgesetzt werden:

- 997 • Eine wichtige Herausforderung besteht darin, die Besten eines Jahrgangs für  
998 den Lehrerberuf zu gewinnen! Dies wird unweigerlich positive Impulse auf die  
999 Qualität der Lehrerausbildung insgesamt setzen.
- 1000 • Es ist unumgänglich, und von allen Beteiligten unbestritten, die erste Phase der  
1001 Lehrerausbildung (Studium) und die zweite Phase der Lehrerausbildung  
1002 (Referendariat) besser miteinander zu verzahnen. Hierzu gehört, dass die  
1003 fragmentierte Struktur der Lehrerausbildung besser aufeinander abgestimmt  
1004 und die Zusammenarbeit der Ausbildungsorte gestärkt wird.
- 1005 • Zur Professionalisierung des Lehrerberufes und damit der Lehrerausbildung  
1006 gehört bereits in der Ausbildung die Entwicklung eines ganzheitlichen  
1007 Berufsverständnisses als Entwickler von „Schulkultur“.
- 1008 • Bildungs-/Erziehungswissenschaftliche, fachdidaktische und schulpraktisch  
1009 bezogene Ausbildungsanteile müssen in ein ausgewogenes Verhältnis  
1010 zueinander gebracht werden – wobei dem Praxisanteil deutlich mehr Gewicht  
1011 zugemessen werden muss als bisher. Auch die Berufseingangsphase muss  
1012 intensiver begleitet und die diagnostischen (Inklusion) und methodischen  
1013 Fähigkeiten der Anwärter besser entwickelt werden. Ein Instrument, um dies zu  
1014 erreichen, ist eine mindestens sechsmonatige Praxisphase, die in das Studium  
1015 integriert werden kann.
- 1016 • Darüber hinaus sollten im Lehrerberuf dauerhaft Leistungs- und Anreizsysteme  
1017 installiert werden, die dazu herausfordern, sich ein Berufsleben lang inhaltlich  
1018 und methodisch weiterzubilden – Schwerpunkte der Lehrerausbildung sollten  
1019 daher künftig Praxisbezug und Leistungsorientierung sein. Eine  
1020 Weiterentwicklung dieses Gedankens könnte darin bestehen,  
1021 Vergütungsanteile leistungs- und fortbildungsbezogen zu gewähren.
- 1022 • Die Verbeamtung von Lehrern sollte abgeschafft werden, um damit für die  
1023 Lehrer und die Schulen bzw. Institutionen, in denen sie beschäftigt sind,  
1024 Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen, die ihnen derzeit der Beamtenstatus  
1025 verwehrt.

1026  
1027  
1028

## 9. Lebenslanges Lernen

### 9.1. Herausforderungen und Problemlagen beim Lebenslangen Lernen

„Lebenslanges Lernen“ ist ein eher diffuser, wenig festgelegter bildungspolitischer Begriff und greift weiter als die Tatsache, dass wir ein Leben lang lernen, vom Baby bis zur zum hohen Alter. Es ist mehr als das Erwerben neuer Erfahrungen, neuen Wissens und neuer Fähigkeiten in Schulen, Ausbildungsbetrieben, Unternehmen, Hochschulen und anderen Einrichtungen der Weiterbildung.

Häufiger als in der Vergangenheit wird heute von der Gesellschaft und an die Gesellschaft die Forderung nach Lebenslangem Lernen gestellt. Der permanente Wandel in allen Lebensbereichen unserer Gesellschaft, der Wirtschaft und dem Arbeitsmarkt bedingt die Bereitschaft und das Engagement jedes Einzelnen mit Kontinuität und mit Motivation das Wissen zumindest auf aktuell anerkanntem Stand zu halten, weit besser es fortlaufend weiter auszubauen. Es erfordert zudem die Bereitstellung von qualifizierten Weiterbildungsmöglichkeiten in bezahlbaren Angeboten.

Die Forderung nach der kontinuierlichen Verbesserung von **Kenntnissen, Fähigkeiten und Kompetenzen besonders für den Bereich des Arbeitsmarktes ist mit dem demographischen Wandel und damit verbunden im Rückgang von jungen Fachkräften begründet**. Insbesondere mittelständische Unternehmen haben längst erkannt, dass in älteren und stets fortgebildeten Mitarbeitern großes Potenzial liegt. Gepaartes Wissen neuer und neuester Erkenntnis, Technologien oder Verfahren mit jahrelanger Erfahrung, firmeninterner Erkenntnisse und Spezialisierungen sind im heutigen Unternehmen nicht mehr wegzudenken. Diese Unternehmen haben den Jugendwahn der jüngeren Vergangenheit erkannt und setzen an, die Entwicklung, ältere Mitarbeiter auszugrenzen oder Bewerber jenseits einer fiktiven Altersgrenze nicht mehr einzustellen, zu stoppen.

Zum Anderen unterliegen Betriebe, Unternehmen oder jeder Selbstständige heute einem schnellen Wandel und Wechsel, der sich in rasanten Änderungen von Vorgaben, Vorschriften, Gesetzen, Forschungen und Technologien begründet. Schon längst ist es nicht mehr ausreichend, in seinem Beruf eine fundierte Ausbildung, ein qualifiziertes, abgeschlossenes Studium absolviert zu haben – es gilt vielmehr auf dem neuesten Stand zu sein.

Kein Berufsfeld bietet in der Zeit vom Berufsein- zum Berufsausstieg gleiche Bedingungen. Es wird von daher von jedem erwartet, sich diesen Bedingungen im Know-how anzupassen. Mit der Schnelllebigkeit und dem im Zusammenhang stehenden Informationswandel wird auch in Zukunft verstärkt zu rechnen sein.

Arbeitsmarkt und demographischer Wandel fordern von der Gesellschaft die Bereitschaft, sich umzuorientieren bei Engpässen von Arbeitsplätzen, bei persönlicher Veränderung und im Laufe der Lebensarbeitszeit. Nicht mehr wie früher, als der erlernte Beruf bis zum Rentenalter die Basis darstellte, sind heute nicht selten mehrere Ausbildungen und Fortbildungen notwendig, um die eigentliche und persönliche Kompetenzen darzustellen.

Nicht unbeachtet bleiben sollte auch der immer stärker werdende Wunsch und der Wille der Gesellschaft und des Einzelnen sich weiterzuentwickeln und weiterzubilden. Neben den geschilderten Auslösern, die ein lebenslanges Lernen erzwingen, steht das

1079 persönliche Bedürfnis, in der Freizeit zu lernen und neue Wissensfelder für sich zu  
1080 erschließen. Das ermöglicht, dass die Freizeit mehr und mehr zur Lernzeit wird.

1081

1082 In dieser Erkenntnis legte im Jahr 2000 die Kommission der Europäischen  
1083 Gemeinschaften das Memorandum über Lebenslanges Lernen auf, welches seine  
1084 Umsetzung im europäischen Bildungsprogramm für Lebenslanges Lernen in  
1085 Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der  
1086 Kultusministerkonferenz findet.

1087

1088 Hier definieren sich die Lernprozesse in drei Gruppen:

1089 • auf *formale* Lernprozesse, die in den klassischen Bildungsinstitutionen  
1090 stattfinden und zumeist mit Abschlüssen und anerkannten Zertifikaten enden

1091 • auf *nicht-formale* Lernprozesse, die nicht in den klassischen  
1092 Bildungseinrichtungen ablaufen, sondern am Arbeitsplatz, in Vereinen und  
1093 Verbänden, bei sportlichen, kreativen oder musischen Beschäftigungen

1094 • auf *informelle* Lernprozesse, die nicht zwingend notwendig sind und sich meist  
1095 im Alltag automatisiert ergeben

1096

1097 und findet sich hauptsächlich in vier geförderten Einzelprogrammen wieder:

1098 • Comenius für Schulen

1099 • Erasmus für Hochschulbildung

1100 • Leonardo da Vinci für Berufsbildung

1101 • Grundtvig für Erwachsenenbildung

1102

1103

## 1104 9.2. Forderungen der MIT zur Stärkung des Lebenslangen Lernens

1105

1106 Die MIT erachtet es als notwendig und wichtig an, dem Thema Lebenslanges Lernen in  
1107 der Politik einen wesentlich höheren Stellenwert einzuräumen, als das bislang der Fall  
1108 gewesen ist.

1109

1110 • Der Begriff ***Lebenslanges Lernen und die Entwicklung entsprechender Konzepte***  
1111 müssen klar strukturiert, definiert und nachvollziehbar dargestellt werden. Es  
1112 muss die Unterscheidung deutlich gemacht werden, wo förderungswürdige  
1113 Fortbildungen liegen und wo das Lernen lediglich die Freizeitgestaltung und das  
1114 persönliche Befinden verbessert. Es müssen Anreize geschaffen werden, um  
1115 Weiterbildungsmöglichkeiten zu nutzen.

1116

1117 • Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen jedem Einzelnen und betroffenen  
1118 Betrieben bekannt gemacht und vorgestellt werden. Dazu bedarf es ***gebündelter***  
1119 ***Informationen und ausführliche Übersichten, die auf kurzen***  
1120 ***Kommunikationswegen vor Ort beworben und vermittelt werden müssen.***

1121

1122 • Lebenslanges Lernen in allen Altersstufen muss für den Interessierten  
1123 finanzierbar, leistbar und umsetzbar sein. Bildungsschecks als  
1124 Unterstützungsprojekte sind wichtige und gut funktionierende Maßnahmen.

1125

1126 • Mittelständische Unternehmen haben die Verantwortung für ihre Mitarbeiter  
1127 erkannt, diese konsequent und stetig fortzubilden. Politik muss ergänzend,

- 1128 ausreichend und helfend zur Seite stehen, im Sinne der Unternehmen und der  
1129 Mitarbeiter.  
1130
- 1131 • Für die Integration und Inklusion stellt Lebenslanges Lernen eine unschätzbare  
1132 Chance dar. Wer durch soziale oder intellektuelle Defizite nicht komplett in der  
1133 Gesellschaft angekommen ist, dem eröffnen sich dadurch neue Möglichkeiten  
1134 durch Lebenslanges Lernen.  
1135
  - 1136 • Lebenslanges Lernen muss als wirksames Mittel gegen Arbeitslosigkeit,  
1137 Facharbeitermangel und Unterqualifikation anerkannt, genutzt werden und im  
1138 Höchstmaß prophylaktisch eingesetzt werden.  
1139
  - 1140 • In Eigenverantwortung wird aber auch an den Einzelnen, unabhängig seiner  
1141 beruflichen Vorbildung, seiner beruflichen und sozialen Stellung und seinen  
1142 Kompetenzen die Erwartung gestellt, sich selbst engagiert um eine Fortsetzung  
1143 des Lernens in allen Lebensphasen zu bemühen.  
1144
- 1145